

Ein Jahr Große Koalition

Tischvorlage
K 16
F
12.03.2019

Ein Jahr Große Koalition heißt: Harte Arbeit, damit wir in unserem Land vorankommen. Nachdem sich die FDP vom Acker gemacht hatte, haben wir uns nicht vor der Verantwortung gedrückt.

Das haben wir in den vergangenen Monaten schon geschafft:

- **Mehr Gerechtigkeit für gesetzlich Krankenversicherte, weil sich die Arbeitgeber wieder zur Hälfte an den Beiträgen beteiligen müssen.**□
- **Wir stärken Familien mit kleinen Einkommen. Und unterstützen die Länder dabei, die Qualität in den Kitas und der Kindertagespflege zu verbessern. Damit jedes Kind es packt.**□
- **Wir stärken die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. Mit dem zum 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Rentenpakt haben wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik vollzogen.**

Einige Beispiele, die zeigen: Mit der SPD wird das Leben besser. Unsere Regierungsbeteiligung hat sich für viele konkret ausgezahlt.

Und wir ruhen uns nicht aus: Jetzt geht es um die **Grundrente** – um den Respekt vor Menschen, die ihr Leben lang fleißig waren, aber wenig verdient hatten. Friseurinnen zum Beispiel, Lagerarbeiter oder Altenpflegerinnen. Die sollen im Alter mehr haben als jene, die nur wenig oder gar nicht gearbeitet haben.

Wir sagen: Anerkennung von Lebensleistung ist wichtiger als Steuergeschenke für Reiche!

Dafür kämpfen wir.

Zentrale Verbesserungen im Überblick

Mehr Geld im Portemonnaie

Wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten mehr Netto vom Brutto haben, vor allem Familien.

Wir sorgen dafür, dass Lohnerhöhungen trotz Inflation im Geldbeutel der Beschäftigten ankommen. Die sogenannte kalte Progression wird ausgeglichen.

- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,5%. Davon profitieren alle Beschäftigten.
- Arbeitgeber zahlen ab 2019 wieder insgesamt die Hälfte des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung, also auch die Hälfte des Zusatzbeitrags. Für Beschäftigte wie auch Rentnerinnen und Rentner heißt das: mehr Geld in der Haushaltskasse. Ein Beispiel: Wer monatlich 3000 Euro brutto verdient, hat künftig 15 Euro mehr im Monat.
- Das Kindergeld wird im Juli erhöht, auch der Kinderfreibetrag steigt.
- Um die Situation in der Pflege zu verbessern, wurde der Pflegebeitrag um 0,5 Prozentpunkte erhöht. Unter dem Strich aber haben Beschäftigte mehr Netto vom Brutto. Ein Beispiel: Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von jährlich gut 42.000 Euro hat künftig im Jahr 402 Euro mehr. Ab 2020 werden es sogar 648 Euro zusätzlich sein.
- Zudem schaffen wir den Soli schrittweise ab. Ab 2021 soll er für 90 Prozent aller Soli-Zahler wegfallen, nur Spitzenverdiener zahlen weiter.

Mehr Investitionen in Bildung

Wir sorgen dafür, dass es Kindern, die jetzt in Armut leben, besser geht. Wir wollen, dass es jedes Kind in Deutschland packt.

- Mit dem Gute-Kita-Gesetz investieren wir 5,5 Milliarden in den Ausbau und die Qualität der Kindertagesbetreuung.
- Familien mit kleinem Einkommen erleichtert der höhere Kinderzuschlag das Leben. Ihn erhalten künftig 500.000 Kinder mehr als bisher.
- Für Familien in der Grundsicherung (Hartz IV) verbessern wir das Schulstarterpaket und machen das Essen in Schule oder Kita kostenlos.
- Wir bauen die Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter aus.
- Bund und Länder können künftig wieder enger zusammenarbeiten, um Bildung besser zu machen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und schaffen das so genannte Kooperationsverbot ab.
- Mit der Änderung des Grundgesetzes kann nun auch der Digitalpakt starten, mit dem der Bund in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen investiert – in WLAN, Schulserver, Tablets und Schulungen des Personals.

Neustart für eine stabile Rente

Wir sorgen für eine stabile Rente in den nächsten Jahren. Wer lang gearbeitet hat, ist im Alter ordentlich abgesichert.

- Wir stoppen den Rückgang des Rentenniveaus und schreiben es bei 48 Prozent bis 2025 fest. Damit machen wir die Rentenhöhe unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Unabhängig davon gilt weiter: Wenn die Löhne steigen, erhöhen sich auch die Renten in gleichem Maße.
- Wir begrenzen den Beitragssatz auf 20 Prozent, damit die Jüngeren nicht überfordert werden.
- Für Frauen und Männer, bei denen irgendwann die Gesundheit nicht mehr mitmacht, gibt es die Erwerbsminderungsrente. Wir machen sie für künftige Fälle noch besser.
- Wir sorgen dafür, dass künftig alle Selbständigen eine Alterssicherung haben.

Mehr bezahlbarer Wohnraum □

Wir sorgen für mehr bezahlbare Wohnungen.

- Wir investieren in dieser Wahlperiode 5 Milliarden Euro in den Bau von Sozialwohnungen. Den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen fördern wir darüber hinaus durch steuerliche Anreize.
- Außerdem werden Grundstücke des Bundes, auf denen bezahlbare Wohnungen errichtet werden sollen, verbilligt abgegeben.
- Wir haben die Mietpreisbremse verschärft. Seit Jahresbeginn müssen Vermieter offenlegen, wie viel der Vormieter gezahlt hatte, wenn die neue Miete mehr als zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegt.
- Mieterinnen und Mieter können Mietwucher nun einfacher rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.
- Außerdem schützen wir Mieterinnen und Mieter vor extremen Mieterhöhungen nach Modernisierungs- oder Sanierungsmaßnahmen. Bisher dürfen Vermieter 11 % der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Das drücken wir auf 8 % überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist. Und: Mehr als 3 € pro Quadratmeter darf die Monatsmiete innerhalb von sechs Jahren nicht steigen.
- Mit dem Baukindergeld unterstützen wir junge Familien: Für jedes Kind gibt es bis zu 12.000 €, wenn das zu versteuernde Haushaltseinkommen 75.000 € plus 15.000 € pro Kind nicht übersteigt.
- Um die Kosten für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu senken, wollen wir als Nächstes das Bestellerprinzip auch beim Immobilienkauf einführen: Wer den Makler bestellt, soll ihn auch bezahlen – also in der Regel der Verkäufer oder die Verkäuferin.

Schutz und Sicherheit für Beschäftigte □

Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land einen guten Arbeitsplatz haben, an dem sie geachtet werden und ihre Rechte geschützt sind.

- Wer lange arbeitslos ist, erhält mit dem sozialen Arbeitsmarkt eine Chance für den Wiedereinstieg. Allein dafür stellen wir in dieser Legislaturperiode vier Milliarden Euro bereit.
- Seit dem 1. Januar können Beschäftigte befristet die eigene Arbeitszeit reduzieren – egal, aus welchem Grund. Anschließend haben sie die Garantie, wieder zur alten Arbeitszeit zurückkehren zu können. Das heißt: Mehr Selbstbestimmung und Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Frauen bleiben nicht länger in der „Teilzeitfalle“ hängen.
- Beschäftigte haben ab Januar 2019 mehr Rechte auf Weiterbildung. Damit helfen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt insbesondere durch die Digitalisierung einzustellen.

Menschliche Pflege

Wir sorgen für mehr Pflegekräfte, eine bessere Bezahlung und eine moderne Ausbildung. Und wir entlasten die Angehörigen. Mehr Menschlichkeit, weniger Druck. Das ist unser Anspruch.

- Wir schaffen in einem ersten Schritt 13.000 neue Stellen für Fachkräfte – ohne Mehrkosten für pflegebedürftige Menschen. Jede stationäre Einrichtung der Altenpflege in unserem Land soll davon profitieren.
- Wir sorgen für bessere Löhne, die sich an Tarifverträgen orientieren.
- Wir machen mit einer einheitlichen Ausbildung, die Wege sowohl in die Kranken- als auch in die Altenpflege eröffnet, den Beruf attraktiver und moderner. Gleichzeitig schaffen wir das bisherige Schulgeld ab, stattdessen wird es eine Ausbildungsvergütung geben.
- Wer wegen Urlaubs, wichtiger Termine oder eigener Krankheit Unterstützung bei der Pflege eines Familienmitglieds braucht, bekommt diese Hilfe bald flexibel und unbürokratisch. Kinder von pflegebedürftigen Eltern müssen sich in Zukunft nur dann an den Pflegekosten beteiligen, wenn sie jährlich mehr als 100.000 € Haushaltseinkommen haben.